Ressort: Politik

Finanzminister: Merz soll weiter Soli zahlen

Berlin, 07.12.2018, 00:25 Uhr

GDN - Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) lehnt eine vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages, wie sie die CDU auf ihrem Parteitag beschließen will, kategorisch ab. Der "Bild" (Freitagausgabe) sagte der Vizekanzler: "Wir leben ja nicht in einem Ein-Parteien-Regime."

Er verwies in diesem Zusammenhang auf den Koalitionsvertrag. Scholz: "Dort steht glasklar: Wir wollen den Soli für 90 Prozent der Bürger abschaffen. Das kostet 10 Milliarden Euro jedes Jahr. Wenn nun jemand auch noch eine Steuersenkung will für diejenigen, die so viel verdienen wie Friedrich Merz, damit er etwa 24.000 Euro mehr im Jahr hat, bräuchten wir noch mal zusätzlich 10 Milliarden Euro." Der Finanzminister fügte hinzu: "Uns sind andere Fragen wichtiger. Zum Beispiel: Wie können wir dazu beitragen, dass Kinder nicht in Sozialhilfe leben müssen?" Scholz kündigte in diesem Zusammenhang eine Erhöhung des Kinderzuschlages an, um zu verhindern, dass Familien wegen ihrer Kinder in Hartz IV rutschen. Der Minister weiter: "Und wir beginnen gleichzeitig damit, über eine Kinder-Grundsicherung zu diskutieren." Mit Blick auf die Diskussion um geringfügige Einkommen und Sozialleistungen sagte der SPD-Politiker: "Der Abstand zwischen Hartz IV und einem Niedriglohn ist heute zu klein. Deshalb brauchen wir Löhne, die sicherstellen, dass der, der arbeitet, in jedem Fall mehr verdient, als ein Bezieher von Hartz IV." Zugleich kritisierte er Äußerungen von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der mit der Ansicht zitiert worden war, jeder Job sei zumutbar. Scholz entgegnete darauf: "Ich finde solche Sprüche unerträglich. Da schwingt Verachtung mit für alle, die gering bezahlte Jobs haben. Aber wir reden hier über Beschäftigte, die mit viel Fleiß ihre Arbeit machen. Mehr Respekt, bitte!"

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-116538/finanzminister-merz-soll-weiter-soli-zahlen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619